

mitte drin

Ausgabe 01 / 2017 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Für ein solidarisches, weltoffenes und soziales Berlin

Berlin hält inne. Fünf Tage vor Weihnachten ist ein Mensch mit einem Lastwagen in den Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz gerast. Mindestens zwölf Menschen sind zu Tode gekommen, 48 zum Teil sehr schwer verletzt. Meine Gedanken, meine Solidarität gehören den Opfern, ihren Angehörigen und Freundinnen und Freunden. Mein Dank geht an diejenigen, die schnell und effizient geholfen haben. Zu dem Zeitpunkt, zu dem ich diese Zeilen schreibe, ist noch vieles unklar.

Aber die rechten Hetzerinnen und Hetzer von AfD, Pegida wissen schon genau Bescheid, machen geflüchtete Menschen und die Kanzlerin verantwortlich. Führende Unionspolitiker sprechen von Kriegszustand, fordern schärfere Gesetze und mehr Überwachung.

Der ehemalige norwegische Ministerpräsident Stoltenberg sagte nach dem Amoklauf von Utoya 2011: „Die Antwort auf die Attacken muss heißen: mehr Demokratie

und mehr Offenheit. Andernfalls werden diejenigen, die dahinter stecken, ihre Ziele erreicht haben.“ Das muss auch die Antwort Berlins sein.

Wir – und das wird eine der zentralen Herausforderungen für DIE LINKE und den rot-rot-grünen Senat 2017 sein – dürfen uns weder der Angst noch dem Terror beugen. Wir werden hart dafür arbeiten müssen, dass Berlin seinen Charakter als vielfältige und weltoffene Stadt weiterentwickelt.

Der Senat hat seine Arbeit vielversprechend begonnen. Noch vor Weihnachten sollten die ersten Geflüchteten die Turnhallen verlassen und menschenwürdigere Unterkünfte beziehen können. Dabei arbeiten unsere Sozialsenatorin Elke Breitenbach und Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen eng zusammen, ein erheblicher Unterschied zum alten Senat.

Wir werden jetzt alles daransetzen, die Massenunterkünfte aufzulösen und mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.



Katina Schubert

Das wird nicht von heute auf morgen gehen. Und es wird auch verzögert durch die Auseinandersetzung um unseren Staatssekretär für Wohnen Andrej Holm. Er hat aus

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

„Soziale Baustellen“ fordern energisches Handeln

Vor drei Wochen traten die Bezirksverordneten zur letzten Tagung des Jahres zusammen. Andreas Böttger berichtet über Anträge der LINKEN, die dringendste Aufgaben im Bezirk angehen. Stichworte – Obdachlosenheim, Personalausstattung, Leopoldplatz ...

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Sandra Obermeyer – Stadträtin der LINKEN in Mitte

Sie ist seit dem 8. Dezember zuständig für die Bereiche Jugend und Familie und für die Bürgerdienste – ein umfangreiches Wirkungsfeld. Was hat sie sich vorgenommen? Sie skizziert einige der Probleme, die sie mit ihrem Team angehen will.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Kennzeichen: Rebell gegen soziale Ungerechtigkeit

Rüdiger Lötzer kam 2001 nach Berlin, kein Abenteuer suchender Jüngling, ein erfahrener, gereifter Fünfziger, Gewerkschafter, IG Metall. Jetzt gehört er zur Linksfraktion in der BVV Mitte. Sein Ziel: Runter mit der entwürdigend hohen Arbeitslosigkeit.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Am Sonntag zu Karl und Rosa

Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anlässlich des 98. Jahrestages ihrer Ermordung

15. Januar 2017, 9 bis 15 Uhr!

Gedenkstätte der Sozialisten • Gudrunstraße 20, 10365 Berlin, Berlin-Friedrichsfelde,
S- und U-Bahnhof Lichtenberg

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Viele ungelöste Probleme

In der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 15.12.2016 wurden viele Probleme des Bezirkes angesprochen. Wir fragten nach der Personalausstattung von Mitte und die Antwort hatte es in sich:

Der Bezirk „sparte“ im Jahr 2015 über zwei Millionen Euro und 2016 2,5 bis drei Millionen Euro an Personalmitteln ein. Sie dienten der Verbesserung des Bezirklichen Jahresabschlusses. Die unbesetzten Stellen sind eine Belastung für die Bewohner*Innen des Bezirkes, die lange Wartezeiten und geschlossene Ämter ertragen müssen. Außerdem steigt dadurch die Belastung der Beschäftigten, was sich in einem hohen Krankenstand widerspiegelt, der die Situation noch weiter verschärft.

DIE LINKE fordert die Aufstellung eines Personalentwicklungsplanes, um die offenen Stellen zu besetzen, damit die Verwaltung wieder funktionieren kann.

B12 – Menschenunwürdige Zustände beenden!

Die Zustände im Wohnheim für Obdachlose in der Berlichingenstraße 12 sind untragbar, da der Eigentümer Warmwasser und Heizung abgeschaltet hat, indem er illegal und ohne Wissen der GASAG die Gasleitung widerrechtlich getrennt und die Gaszähler entfernt hat.

Daher begrüßen wir, dass die BVV unseren Antrag unterstützt, eine Ersatzvornahme zu veranlassen, um die Bewohnbarkeit der Wohnräume wieder herzustellen. Zudem unterstützt die BVV die Anzeige des Bezirksbürgermeisters gegen die Eigentümer wegen Körperverletzung in 22 Fällen.

Leopoldplatz und Heinrich-Heine-Straße

Unsere Anträge zum Leopoldplatz und zur Heinrich-Heine-Straße wurden in die Ausschüsse für Soziale Stadt und Soziales und Gesundheit überwiesen. Wir fordern, die Sozialarbeit auf dem Leopoldplatz finanziell

und personell besser auszustatten und gegebenenfalls einen Drogenkonsum- und/oder Trinkraum einzurichten, um die Arbeit der Sozialarbeiter*Innen vor Ort zu erleichtern und zu unterstützen. Für die Heinrich-Heine-Straße und Umgebung fordern wir die Schaffung eines Drogenpräventionsprojektes. Die dort ansässige Drogenverkaufsszene hat sich zu einer Drogenkonsumszene entwickelt, die sich aufgrund der Winterkälte auf den U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße und die Hausflure der anliegenden Wohnhäuser konzentriert.

Wir wollen Lösungen für die Probleme und sie nicht einfach nur an einen anderen Ort verlagern.



Andreas Böttger

Blick aus dem Amt

Ich freue mich auf schwierige Aufgaben

Seit dem 8.12.2016 bin ich offiziell als Stadträtin für die Bereiche Jugend und Familie und die Bürgerdienste zuständig.

Nach einer kurzen Phase der Unsicherheit, wann ich meinen Dienst als Stadträtin in Lichtenberg quittieren und in Mitte starten kann, ging's dann schnell richtig los. Ich habe schon viele Termine mit meinen neuen Mitarbeitenden und Kolleg*innen absolviert, damit wir schnell die Arbeit und die vorhandenen Baustellen in Angriff nehmen. Das sind vor allem die stark gestiegenen Kosten der sogenannten Hilfen zur Erziehung im Bereich Jugend. Hier müssen wir Lösungen finden, wie wir die Kosten senken ohne dass die, die Hilfe benötigen, keine erhalten. Dazu bräuchten wir u.a. Wohnraum für junge Volljährige. Aber woher Wohnraum nehmen? Wir wollen das im Bezirksamt gemeinsam als ressortübergreifendes Thema behandeln. Wohnraum ist auch ein wichtiges Stichwort für den Bereich Bürgerdienste, zu dem auch der Bereich Zweckentfremdung von Wohnraum gehört. Ein heißes Thema in Berlin-Mitte.

Aktuell steht besonders das Thema Home Sharing im Fokus. Ich sehe eine Änderung des

Zweckentfremdungsverbotsgesetzes, die mehr Home Sharing erlaubt – also Überlassung von Wohnraum durch private Mieter*innen gegen Entgelt – sehr skeptisch und bin auf die Diskussionen im Ausschuss gespannt.

In meiner ersten Bezirksverordnetenversammlung als Stadträtin wurde ich zum Thema 24-Stunden-Kita befragt und habe deutlich gemacht, dass das Jugendamt Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder auch in Randzeiten unterstützen will; die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern ist bei Schichtarbeit, insbesondere auch für alleinerziehende Eltern schwierig. Allerdings ist eine 24-Stunden-Kita möglicherweise nicht das Allheilmittel, denn eine Kita ist keine Aufbewahrungsanstalt. Es gibt aber flexiblere Instrumente, die ich vorgestellt habe, wie die ergänzende Tagespflege. Wir werden im Jugendhilfeausschuss und andernorts sicher debattieren, wie Eltern in Mitte noch besser bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützt werden können.

Ein abschließendes Wort: Endlich kann die LINKE wieder ein Bezirksamtsmitglied in Mitte stellen; ich freue mich sehr, dass mir diese verantwortungsvolle Aufgabe zu-

fällt und werde mein Bestes geben, damit die Menschen im Bezirk gute Unterstützung und gute Dienstleistung durch die Ämter meiner Abteilung erleben und linke Politik im Bezirk sichtbar wird. Eine schwierige Aufgabe, aber ich freue mich drauf!

Sandra Obermeyer



Dr. Sandra Obermeyer

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Wohnen ist ein Grundrecht – Lasst uns ein Zeichen setzen!

Wir werden nicht aufgeben!

Auch wenn die Eigentümer des Wohnheims für wohnungslose Männer in der Berlichingenstraße 12 seit mehr als einem Jahr mit starrem Blick nur auf ihre Rendite schauen.

Mittels Räumungsklage wollen die Eigentümer die Bewohner dazu zwingen, das Haus zu verlassen. Bei der derzeitigen Konkurrenz um preiswerten Wohnraum auf dem Wohnungsmarkt bedeutet dies praktisch ein Entlassen in die Obdachlosigkeit. Ein ganz wichtiger sozialer Ort mitten in Moabit wäre am Ende. Doch die Bewohner wollen bleiben – und sie brauchen unsere Hilfe. Seit Anfang 2016 engagiere ich mich gemeinsam mit vielen anderen Mitstreiter*innen

für den Erhalt des Wohnungslosenheims. Wir haben sozialverträgliche und wirtschaftlich sinnvolle Konzepte entwickelt und vorgeschlagen. Diese bieten eine echte Perspektive für das Haus und seine Bewohner, doch die Besitzer blocken aus Gründen der Profitmaximierung ab.

Eines muss man den Eigentümern in der Auseinandersetzung um die B12 lassen: sie bleiben ihrer Linie treu. Das heißt weiterhin Null Gesprächsbereitschaft mit den Betroffenen und uns gegenüber als ihren Unterstützer*innen, kein Wille, die von uns vorgelegten Nutzungs- und Betreibervorschläge zur Kenntnis zu nehmen, keinerlei Bereitschaft, gemeinsam zu einer guten Lösung für die Betroffenen zu gelangen – kurzum: Ignoranz auf der ganzen Linie, ohne die geringste Spur eines sozialen Gewissens.

Schlimmer noch als die Ignoranz aber ist der massive Rechtsbruch, den die Eigentümer mehrfach begangen haben: Im Sommer ließen sie illegal die Wasserzufuhr zur B12 zeitweise unterbrechen. Jetzt im Winter setzten sie noch eines drauf und unterbrachen rechtswidrig, ohne Wissen der GASAG, die Gaszufuhr und setzten Heizung und Warmwasser für Wochen

außer Betrieb. Die Wohnungslosen sollen gehen, und dafür ist ihnen jedes Mittel recht.

Gemeinsam mit dem Bezirksbürgermeister, Stephan von Dassel, Grüne, gelang es uns, Mittel und Wege zu finden, die Gaszufuhr wieder herzustellen: Heizung und Warmwasser funktionieren seit Ende letzter Woche endlich wieder.

Das Verhalten der Eigentümer und deren dahinter liegende Geisteshaltung sind aufs Schärfste zu verurteilen. In der B12 wohnen Menschen, die zu den Bedürftigsten in unserer Stadt zählen und die unsere Solidarität brauchen. Ich werde weiter mit den Bewohnern und Unterstützer*innen für den Fortbestand der B12 kämpfen. Einen wichtigen politischen Schritt konnten wir jetzt erreichen: Der Antrag unserer Fraktion auf Ersatzvornahme durch das Bezirksamt zur Herstellung der Wohnbarkeit der B12 wurde gemeinsam mit den Stimmen der Fraktionen der Grünen, der SPD und der Piraten in der letzten BVV-Sitzung beschlossen.

Lasst uns mit dem Kampf um den Erhalt der B12 gemeinsam ein Zeichen setzen. Denn Wohnen ist ein Grundrecht – für alle. Und diese Stadt gehört denen, die darin wohnen!

Steve Rauhut

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE, mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem ersten Mittwoch des Monats von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- an jedem dritten Mittwoch des Monats im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr **kostenlose Mieterberatung** im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Hat der sich verändert!
Früher las er immer
nur BILD-Zeitung!



Karikatur: Klaus Stuttmann



Fortsetzung von Seite 1: **Für ein solidarisches, weltoffenes und soziales Berlin**

seiner Vergangenheit bei der Staatssicherheit nie einen Hehl gemacht. Er war weder an Bespitzelungs- noch Zersetzungmaßnahmen beteiligt. Aber er hat 2005 einen Personalfragebogen bei der Humboldt-Uni unwissentlich falsch ausgefüllt. Hier haben wir es mit einer Melange aus rechter Hetze gegen einen ausgewiesenen Gentrifizierungs-Kritiker und dem ernsthaften Verlangen nach einem kritischen Umgang mit der Staatssicherheit und den politischen Biografien zu tun. Für uns hei-

Ben die Herausforderungen: die Aufarbeitung von Unrecht und Unterdrückung fortführen, uns der Auseinandersetzung stellen und weitere Schlussfolgerungen für die Entwicklung einer freiheitlichen Demokratie erarbeiten. Und als Wessi sage ich, ohne gegeneinander aufrechnen zu wollen: die Geschichte der Berufsverbote, der Verdächtigungskultur gegenüber radikal undogmatisch linken Positionen bedarf ebenfalls der Aufarbeitung, um daraus zu lernen.

Und wir werden 2017 einen Bundestagswahlkampf zu führen haben, bei dem es darum geht deutlich zu machen: eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ist möglich, wir werden uns dem rechten Mainstream nicht beugen. Wir kämpfen um jede Zweitstimme und wir verteidigen unsere Direktmandate in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Pankow.

Katina Schubert,
Landesvorsitzende DIE LINKE. Berlin

Menschen in Mitte

Arbeitslose und Flüchtlinge gleichermaßen fördern

Bezirksverordneter Rüdiger Lötzer

Rüdiger Lötzer betrachtet die deutliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit als eine der dringendsten Aufgaben für Berlin. Als Mitglied der Linksfraktion in der neuen Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Mitte will er konkrete Maßnahmen für faire Chancen vor allem für junge Leute auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen helfen.

„Langzeiterwerbslose und Flüchtlinge müssen gleichermaßen vom Jobcenter besser gefördert werden. Ich werde auch in der Handwerkskammer und bei Innungen vorsehen, mit Betrieben verhandeln, damit mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden“, kündigt das 64-jährige Mitglied der Ausschüsse für Arbeit und Gleichstellung, Integration sowie Gesundheit und Soziales an. Für sein Ziel bringt er viele Erfahrungen mit.

Der 1952 im nordrheinwestfälischen Gummersbach geborene, im rheinlandpfälzischen Niederfischbach aufgewachsene Sohn eines Elektrogroßhändlers holte sich an der Kieler Christian-Albrecht-Universität den Abschluss eines Diplom-Volkswirts. Schon in seiner Studienzeit war Rüdiger Lötzer als Fakultätssprecher, ASTA-Vorsitzender, als Vertreter der Studierenden im Studentenwerk rebellisch gegen soziale Ungerechtigkeit, ging gegen die Hochschulgesetze, gegen den Vietnam-Krieg der USA und den Militärputsch in Chile auf die Straße.

Seit 1979 arbeitete er für zwei Jahrzehnte bei einem linken Kölner Verlag. Dieser schickte ihn 1994 als Niederlassungsleiter nach Berlin, wo er gleich in die PDS eintrat. Drei Jahre war er Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke. Und in Spandau, wo er zuerst mit seiner Familie wohnte, gründete er einen Verein zur Erinnerung an die NS-Zwangsarbeiter in dem Stadtbezirk, dem er auch heute noch vorsteht.

Seit 14 Jahren bei der IG Metall

„Eine neue spannende Lebensetappe begann für mich vor 14 Jahren bei der IG Metall“, hebt der Vater eines 34-jährigen Sohnes und Opa einer fünfjährigen Enkelin hervor. „Ich begann arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder gegen die Hartz-IV-Gesetz-

ze zu beraten, war Beiratsvorsitzender in einem Berliner Jobcenter. Danach kniete ich mich in die Industriepolitik, engagierte mich gemeinsam mit Unternehmen, mit der



Rüdiger Lötzer

IHK, den Hochschulen und dem damaligen Wirtschaftssenator Harald Wolf für einen Industriedialog.“ Auch betreute er gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte in Metall- und Elektrobetrieben wie MAN, Stadler, Procter&Gamble, Viessmann und Selux. „Jetzt bin ich in Altersteilzeit, aber weiter ehrenamtlich für die IG Metall aktiv, so als Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Berlin Süd.“

Seit seinem Umzug ins Hansa-Viertel 2001 ist Rüdiger Lötzer Einwohner von Berlin-Mitte, begleitet schon als Bürgerdeputierter die Arbeit des Jobcenters, die Schuldnerberatung und die Obdachlosenhilfe-Einrichtungen im Bezirk. Nun sitzt er in der BVV im Rathaus in der Karl-Marx-Allee. Für die Realisierung seiner Vorhaben dort wünschen wir ihm viel Erfolg.

Matthias Herold**Bei anderen gelesen****➤ Flüchtlinge in Berlin**

Berlin könne noch mehr Flüchtlinge aufnehmen – mit dieser Aussage hat der Regierende Bürgermeister Michael Müller gemischte Reaktionen in der Berliner Landespolitik ausgelöst. Aus der neuen Koalition bekam er Lob. AfD und CDU kritisierten seine Äußerung.

„Berliner Tagesspiegel“, 16.12.2016

➤ Es gibt keinen gerechten Krieg

Jakob Augstein im Gespräch mit Jürgen Todenhöfer: „Es gibt keine gerechten und sinnvollen Kriege. In den meisten Situationen gibt es Verhandlungsmöglichkeiten. Vor allem geht es um die Vorherrschaft im mittleren Osten. Ein erster Schritt wäre eine Friedenskonferenz für den gesamten mittleren Osten.“

„Der Freitag“, 07.12.2016

➤ Ströbele erstattet Anzeige

Der Bundestagsabgeordnete Ströbele von den Grünen erstattet wegen Drohnenangriffen Anzeige, weil der USA-Militärstützpunkt Ramstein in Deutschland für Drohnenangriffe genutzt wird. Er bat den Generalbundesanwalt, ein Ermittlungsverfahren gegen alle in Frage kommenden Tatverdächtigen aus den USA und Deutschland einzuleiten. Er findet, gesteuerte Drohnenangriffe gegen Terrorverdächtige in Ländern wie Afghanistan, Pakistan oder dem Jemen würden gegen deutsches Recht verstoßen. Die gezielten Tötungen ohne Gerichtsverfahren sind rechtlich umstritten.

„Zeit Online“, 15.12.2016

➤ Politischer Frühling?

Schöne Aussicht. 2016 war ein Jahr voller politischer Erschütterungen. Doch das muss nicht schlecht sein. Im Gegenteil: wir erleben heute erste Anzeichen der Wiederbelebung dessen, was früher eine lebendige, demokratische Politiklandschaft war. – Matthias Heitmann in

„Cicero“, Dezember 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Kurznachrichten

► Paul Verhoeven leitet Jury der Berlinale 2017

Berlinale-Chef Kosslick hat den 78-jährigen Niederländer dazu eingeladen. Verhoeven wird das künstlerische Gremium leiten, das über die Vergabe der Silbernen und Goldenen Bären entscheidet. Der Regisseur, der in Europa und in Hollywood arbeitete, ist u.a. mit dem Film "Basic Instinct" weltweit bekannt. Die diesjährige Berlinale findet vom 9. bis zum 19. Februar statt.

► Umweltschutzpreis für Union Berlin

Der Fußballverein der Zweitliga wurde von der Deutschen Umwelthilfe für das beste Abfallmanagement ausgezeichnet. So werden Plastikbecher und Speisereste in gesonderten Containern vorbildlich entsorgt. Vielleicht könnten Bayern München und Borussia Dortmund da etwas abgucken. Die sind derzeit die größten Umweltsünder.

► Berlins Busbahnhof mit neuem Rekord

Zum Jahresende notierte der Zentrale Busbahnhof (ZOB) rund 215.000 an- oder abreisende Busse – 7.000 mehr als 2015, trotz des gegenwärtig laufenden Umbaus. Im Weihnachtsverkehr 2016 gab es in den Spitzenzeiten pro Stunde 70 Bus-Ankünfte oder Abfahrten. 2013 wurden im ganzen Jahr lediglich 60.000 Busse gezählt.

► Dezember 2016 war umsatzstärkster Monat

Nach Angaben von Handelsexperten hat es seit 1990 noch nie einen Monat gegeben, in dem so hohe Einzelhandelsumsätze getätigt wurden wie im abgelaufenen Jahr. Laut statistischen Angaben haben die Kauflustigen in Deutschland zu Weihnachten etwa 90 Milliarden Euro ausgegeben.

► Aus heutiger Sicht – beruhigend!

Mit Beginn des Jahres stiegen die Pflegebeiträge um 0,2 Prozent. Damit werden die Kosten der Reform der Pflegeleistungen (fünf Milliarden Euro pro Jahr) finanziert. Diese Beiträge sollen dann bis zum Jahr 2022 nicht erhöht werden – aber nur "aus heutiger Sicht", wie Gesundheitsminister Gröhe betonte.

Wohnraum durch Existenzzerstörung?

Ateliers und Gewerberäume in den Weddingger Gerichtshöfen gefährdet

Über 80 Künstler und ca. 150 gewerbliche Mitarbeiter, die in den Gerichtshöfen arbeiten, müssen um ihre Existenz fürchten.

Die Gerichtshöfe sind über 100 Jahre alte Gewerbehöfe zwischen Gerichtsstraße und Wiesenstraße. Seit Anfang der 80-er Jahre hat die GESOBAU als Eigentümerin auch Künstlern günstige Räume für ihre Ateliers verschafft. Auch heute noch existiert hier die für Berlin so typische Mischung aus Künstlerateliers, Werkstätten, Wohnungen und Handwerksbetrieben. Die Gerichtshöfe sind eines der größten Kunstquartiere Deutschlands geworden.

Seit Oktober 2016 ist allerdings eine Machbarkeitsstudie bekannt, nach der das Areal komplett saniert und nur noch zum Standort für „studentisches Wohnen und kreatives Arbeiten“ werden soll. Die Existenzangst geht unter den Firmen umher, da sie sich einen Umzug und entsprechende Kundenverluste nicht leisten können. Gewerbeverträge wurden nur noch bis Ende 2017 verlängert.

Kern der Auseinandersetzung ist, dass in einem Neubau sowie in den Fabriketagen nicht weniger als 150 Studentenappartements geplant sind. Der Neubau solcher Kleinwohnungen ist zurzeit ein äußerst renditeträchtiges Marktsegment geworden, der „Versorgungsauftrag“ offensichtlich nur vorgeschoben. Schräg gegenüber lässt gerade ein anderer Investor, der ebenso auf diesen Boom setzt, das frühere Stadtbad Wedding zu diesem Zweck abreißen.

Selbstverständlich sollen auch die Ateliers nach der Sanierung erheblich teurer werden, ebenso die Wohnhäuser Wiesenstraße 62 und Gerichtsstraße 12/13, die zum Gerichtshöfe-Komplex gehören. Viele Bewohner, die Künstler ebenso wie die Gewerbetreibenden und die Leute in den Wohnhäusern, befürchten, zumindest längerfristig verdrängt zu werden.

Wes Geistes Kind der frühere Senat war, lässt sich daran ablesen, dass er die GESOBAU-Pläne ohne Einschränkung „ausdrücklich begrüßte“. In den sozialen Medien erhob sich dagegen ein Sturm der Entrüstung. Und nachdem sich auf Senatsebene die rot-grüne Koalition gebildet hatte, stoppte die GESOBAU das umstrittene Vorhaben zunächst für zwei Jahre. Auf Bezirksebene hat sich besonders die BVV-Abgeordnete der



Helle, lichtdurchflutete Räume sind typisch für die Weddingger Gerichtshöfe

LINKEN, Katharina Mayer, für die Künstler und Gewerbetreibenden eingesetzt. Man darf gespannt sein, wie die GESOBAU auf den BVV-Beschluss vom 17.11. „Gerichtshöfe als Gewerbehof und Kulturstandort erhalten“ reagieren wird. Er beinhaltet auch, dass ein Neubau von Studentenwohnungen die bisherigen Nutzungen nicht gefährden darf.

Rainer Scholz

Eine schöne Weihnachtsüberraschung

Halina Wawzyniak, MdB übergab ihre monatliche Spende im Dezember an die seit Jahren engagierte Jutta Schauer-Oldenburg und „ihre“ Levetzow-Girls. Die Gruppe von Mädchen und jungen Frauen aus Syrien, Afghanistan und Irak aus der Flüchtlingsunterkunft in der Levetzowstraße erlernt über Gesang die deutsche Sprache. Ihre Fertigkeiten konnte sie unter anderem bei der konstituierenden Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung unter Beweis stellen. Darüber hinaus bringt die Moabiterin den Mädchen Schwimmen bei.

Herzlichen Dank an Halina! Herzlichen Dank aber auch an Jutta Schauer-Oldenburg für ihre geleistete Arbeit!



Typisch Berlin: Gemeckert wird immer

Ob feuchtrübes Herbsdunkel, Niesel-schnee oder winterlicher Sonnentag - das Neue kommt. Die schwarzweißen Fotos sind mir fast entgangen, die seit irgendwann im S-Bahnhof Oranienburger Straße Erinnerungen ans Vergangene verklären. In der Französischen Straße betrete ich unaufgefordert die Zukunft, als ich hinter einer Holztür überrascht das Foyer mit schwingender Treppe entdeckte. Ab jetzt beherbergt das hell gewandete Kulissegebäude der Staatsoper 99 Jahre lang die Barenboim-Said-Akademie. Zur Zeit sind es 37, bald 90 Hochbegabte, irgendwie aus dem Nahen Osten, die hier musikalische Fertigkeiten vervollkommen, Philosophie auf Englisch hören und Proberäume bis tief in die Nacht nutzen. Im von Stararchitekt Frank Gehry wundersam geschwungenen, fast schwebenden Pierre-Boulez-Kammermusiksaal aus duftendem Edelholz, da werden auch sie öffentlich musizieren.

Auch im Westen Neues: McDonalds ist im Bahnhof Zoo zu Hause, ein kleiner Fernzug darf wieder halten, zwei Hochhäuser machen keine Skyline, sind aber ein lohnender Blickfang, im Zoopalast schien mir der Kinofilm schöner als anderswo. Wieder vorn oben im

Bus entpuppt sich „Platz der Republik“ als öde Haltestelle hinterm Tiergarten, weichen auf dem Linden-Boulevard mit zu wenig Kaffeehäusern und keinen Kinos die Touristen den Baustellen aus. An der James-Simon-Galerie suchen sie den Pergamon-Altar, stattdessen stählerne Spundwände, die 15 Meter tief den Untergrund trocken halten sollen. Fast bezugsfertig stehen schräg gegenüber dem Bode-Museum die Edelhäuser fürs Wohnen und Arbeiten, das Literaturcafé mit Wasserblick ist noch immer zu. Sichtbarer Fortschritt in der Oranienburger: Zwischen Delivero Hero (neu) und Logenhaus (alt) fehlt ein Gebäude, da ist jetzt der Durchgang zum geräumigen Innenhof. Hier soll ein Biergarten hin. Arbeiter sagen, auch im imposanten historischen Telegrafenturm gehe es voran, im Postfuhrwerk werde gewerkelt, und blickdichte Zäune versperren jede Sicht aufs leergeräumte Tacheles-Areal.

Untypisch ist, dass REWE aufgeregt in vier Wochen aus der verbauten Ackerhalde ein großes Lebensmittel-Kleinod schuf. Von der Straße sieht man gusseiserne Tore, Größe, Weite, Höhe, Maß und Material der historischen Kaufhalle. Hand-made Sushi gibts drinnen, starbucks coffee am Eingang,



Berliner Kunst direkt vor der Tür

vis-a-vis Snacks, früher Imbiss genannt, das wird an der Brottheke verkauft. Alles to go. Aber im Sitzen zu essen.

Irene Runge

Wissens- und Informationsaustausch durch Vernetzung

Auf der Netzbörse Network now! sollen Hürden für die Unterstützung von Geflüchteten beseitigt werden. Beschäftigte aus dem psychosozialen Bereich können am 23. Februar 2017 in Berlin-Mitte miteinander in Kontakt treten, um durch Wissens- und Informationsaustausch eine wirkungsvollere Zusammenarbeit herzustellen.

Der rasche Anstieg der Zahl von Geflüchteten und die zunehmende Diversität der deutschen Gesellschaft stellen die psychosozialen Versorgungssysteme vor neue Herausforderungen. Gesetzliche, strukturelle und institutionelle Hürden sowie sprachliche Barrieren erschweren die Behandlung. Um den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund zu erleichtern, wurde an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Charité Universitätsmedizin Berlin 2002 das Zentrum für interkulturelle Psychiatrie und Psychotherapie (ZIPP) gegründet.

Damit die psychosoziale Versorgung von Geflüchteten weiter verbessert werden kann, ist eine intensive Netzwerkarbeit zwischen den verschiedenen Akteur*innen des Hilfesystems notwendig. Mit dem Kooperationsprojekt „Perspektiven - Psychosoziale Versorgung von Geflüchteten“ des ZIPP und dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) soll daran gearbeitet werden. Je besser sich die Gesellschaft, das Versorgungssystem und die Geflüchteten auf die neuen Herausforderungen einstellen, desto nachhaltiger lassen sich langanhaltende gesundheitliche Beeinträchtigungen vermeiden.

Am Netzwerk nehmen Charité-Mitarbeiter*innen, Vertreter*innen des Sozialpsychiatrischen Dienstes, des Bezirksamtes, niedergelassene Therapeut*innen, Mitarbeiter*innen verschiedener psychosozialer Träger, Wohlfahrtsverbände und Beratungsstellen sowie Mitarbeiter*innen von Flüchtlingsunterkünften teil. Die Vernetzung trägt zu einem verstärkten Wissens- und Informationsaustausch bei,



Das ZIPP-Team

hilft bei der Identifikation von Schnittstellenproblemen, schafft Synergien und optimiert die Ressourcennutzung bestehender Versorgungsstrukturen.

Für die Netzbörse Network now! werden aktuell Spenden über Crowdfunding gesammelt: <https://gemeinschaftscrowd.de/netzwerkboerse-network-now>

Annika Huhn

Aus dem Abgeordnetenhaus

Prekäre Beschäftigung an der Charité zurückdrängen

Rot-Rot-Grün beginnt zu arbeiten. Der Koalitionsvertrag bietet dafür eine so umfassende Grundlage mit vielen selbst gestellten Aufgaben, dass keine Zeit vertrödelt werden darf. Dies gilt auch für einen der Bereiche, die ich in der neuen Fraktion verantworten darf: die Wissenschaftspolitik.

Ein erklärtes Ziel der Koalition ist es, prekärer Beschäftigung im öffentlichen Sektor den Kampf anzusagen. Ein besonders eklatantes Beispiel für unterbezahlte Arbeit ist die 2007 gegründete teilprivate Servicetochter der Charité, die Charité Facility Management (CFM). Hier arbeiten Laborkräfte, Reinigungskräfte, Boten, Sicherheitsleute, Handwerker und Ingenieure. Und besonders die niedriger qualifizierten Tätigkeiten werden mangels Tarifvertrag eklatant schlechter bezahlt als die Kolleginnen und Kollegen mit gleicher Tätigkeit im öffentlichen Dienst, etwa an der Charité selbst. Es arbeiten dort sogar Menschen, die neben

ihrem Arbeitslohn ihren Lebensunterhalt mit HartzIV-Leistungen aufstocken müssen. Wer etwa als Patientenbegleiter oder Blutbote mit unter 1300 Euro netto bei einer 40-Stunden-Woche nach Hause geht, kann davon keine Familie ernähren. Diesen untragbaren Zustand will die neue Koalition nun endlich beenden.

Nicht nur, dass die ver.di-Kolleg*innen bei ihrem Einsatz für einen Tarifvertrag an der CFM unterstützt werden. Wir wollen auch, dass der private Anteil der CFM mit Auslaufen des jetzigen Vertrages 2019 zurück in die öffentliche Hand geholt wird. Es muss deutliche Verbesserungen insbesondere für die unteren Gehaltsgruppen geben. Rot-Rot-Grün hat weiteren Ausgründungen aus landeseigenen Unternehmen zum Zwecke des Lohndumpings eine klare Absage erteilt. Sempel wird die Rückholung ins Landeseigentum übrigens nicht. Bei allen Bereichen, in denen private „Marktteilnehmer“ beteiligt sind, spielt auch immer das EU-Wettbewerbsrecht eine Rol-



Tobias Schulze

le. Aber in den kommenden Jahren steht die Herausforderung, prekäre Beschäftigung und Dumpinglöhne an der Charité zu beenden und das größte Universitätskrankenhaus Europas gleichzeitig wirtschaftlich zu stabilisieren. Daran wird auch der neue Wissenschaftssenator, Michael Müller, wie die ganze Koalition in den kommenden Monaten hart arbeiten.

Tobias Schulze

Ausbau erneuerbarer Energien dringender denn je!

Die jüngsten Temperaturen in der Arktis schockieren die Klimaforscher: mit über 30 Grad über dem Durchschnitt „glüht“ die Arktis.

Das Schmelzen des arktischen Eises ist für extreme Wetterphänomene verantwortlich, die hunderte Millionen Menschen allein in Nordamerika, Europa und Asien betreffen werden. 2015 haben sich fast 200 Staaten auf das internationale Klimaabkommen von Paris geeinigt und vereinbart, die globale Erwärmung unter 2 Grad zu halten. Rechnet man jedoch die nationalen Beiträge zur Reduktion der CO₂-Emissionen zusammen, ergibt sich eine globale Erwärmung von bis zu 3,5 Grad. Leider hat der Folgegipfel in Marrakesch im November 2016 keine klaren Regeln festgelegt, wie die Erderwärmung unter 2 Grad gehalten werden soll.

Auf EU-Ebene werden momentan der Umbau des Strommarktes und die Unterstützung für erneuerbare Energien verhandelt. Leider planen die Mitgliedsstaaten und die europäische Kommission, die existierenden verbindlichen nationalen Ausbauziele für erneuerbare Energien

abzuschaffen. Auch soll nach ihren Willen künftig der erneuerbare Strom nicht mehr bevorzugt ins Stromnetz eingespeist werden



Das System ändern, nicht das Klima!

dürfen - mit dem Risiko für die Hersteller von grünem Strom, darauf „sitzen zu bleiben“. Problematisch ist auch, dass auf europäischer Ebene der notwendige Ausstieg aus der Kohle nicht vorangetrieben wird. Im Gegenteil, es werden ernsthaft Konzepte

für „saubere Kohle“ und eine Ausweitung des Marktes für Gas geplant.

Was wir brauchen, ist ein Ausstieg aus der Kohle, der die sozialen Folgen für die Arbeitnehmer*innen abfedert und Perspektiven für Kohleregionen (Lausitz, Rheinisches Revier) schafft (Stichwort „Just Transition“). Der Transportsektor, in dem in den letzten Jahren die CO₂-Emissionen rasant gestiegen sind, muss elektrifiziert werden. Dafür muss die Sparpolitik beendet und eine aktive Wirtschaftspolitik betrieben werden, die auf erneuerbare Energien, Bürgerbeteiligung und Energiedemokratie setzt. Sonne und Wind kosten nichts - könnten Energiegenossenschaften selbst erzeugten Strom ohne Besteuerung nutzen, könnten viele Bürger*innen mit preiswertem Strom versorgt werden.

Manuela Kropp,
Basisorganisation Brüssel

(Im Bezirk Mitte sind die im Ausland lebenden Mitglieder der LINKEN organisiert. Mitglieder der Basisorganisation Brüssel schreiben regelmäßig für die „mittendrin“.)

Das ist das Letzte

Die Neujahrsreden kündigten 2017 als „Schicksalsjahr“ an. Warum diese Vorwarnung? Weil unser Globus ins Taumeln kam! Durch gierige Banker, käufliche Politiker, wütende Bürger, verzweifelte Völker und militante „Erlöser“. Unsere Böller haben die nicht vertrieben. Wie kommen wir zu einer solidarischen und gerechten Lebensweise auf diesem Planeten? Wenn sich Europa bei den Wahlen in Frankreich, Holland und Deutschland nach *rechts* statt nach *links* verlagert, bestimmt nicht. Ertragen die Superreichen und ihre politischen Geschäftsführer eine Umkehr zum „gebremsten Egoismus“? Wuchern der Nationalismus, Rassismus und die Gewaltanwendung weiter? Ist die Jagd nach dem Maximalprofit nicht eine Art Selbstmord aus Angst vor dem Tod? Der Abstand vom Geschäft zum Gefecht wird doch immer kürzer. Die Waffen und Wirkungen werden immer grausamer. „Weiter so!“ geht nicht.

Berlin bastelt an den Verzerrungen der Schloss-Attrappe. Die Caritas schätzt hier 7.000 Obdachlose. Die neue linke Sozialsenatorin hat 745 Schlafplätze geerbt. Jetzt versucht sie, auf 1.000 plus 600 Notplätze zu kommen. Da fehlt immer wieder Geld. Mein Nachbar hat für seine 1.000 Euro auf dem Sparbuch 2016 genau 50 Cent Zinsen geerntet. Mein Zahnarzt bekam für 1000 Euro in den DAX-Werten der Börse 70,- Euro. Das ist das 14-fache. Wer auf Pharma-Aktien setzte, konnte auf 200 Prozent kommen. Also gilt weiter, die Reichen werden reicher. Wie kann man jene Leute wählen, die seit Jahrzehnten dafür sorgen, dass der Geldregen immer nach oben fällt? Wer kann ruhig schlafen, wenn die neue Regierung der USA zum Poker-Club für Milliardäre und Haudegen wird? Was macht Deutschland friedfertiger, wenn immer mehr Waffen und Soldaten in fremde Länder geschickt werden? Wie lange wärmt es uns, wenn wir Putin die Hosen ausziehen? Wie fühlen sich die Elends-Opfer der Schlauchboote, wenn sie nach unserer „Willkommenskultur“ auch den „Abschieberekord“ überleben?

Oma sagte immer: „Geld regiert die Welt!“ Der Bundespräsident nennt es Freiheit. Mich tröstet es nicht, dass man frei darüber fluchen darf. Man muss es verändern dürfen und können! Anders wird der Mensch nicht zum Maß aller Dinge. Und das ist 2017 noch wichtiger als es 1917 war.

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Wieviel Schutz bietet der Milieuschutz?

Es begann im Stephankiez. Das Quartier an der Moabiter Stephanstraße fand sich nach dem Mauerfall in einer begehrten Innenstadtlage wieder. Um die angestammte Bevölkerung vor Verdrängung zu schützen, erließ der Bezirk Mitte hier 1991 die erste „soziale Erhaltungssatzung“ („Milieuschutz“) Berlins. Heute gibt es in Mitte fünf Milieuschutzgebiete, in denen die Regelung unterschiedlich gut funktioniert:



an der Birkenstraße, Waldstraße und Seestraße sowie am Leopoldplatz und Sparrplatz. Eine solche Satzung sieht nach § 172 Baugesetzbuch vor, dass in dem entsprechenden Gebiet Rückbau, Veränderung und Nutzungsänderung von Bauwerken genehmigungspflichtig sind, „wenn die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung aus besonderen städtebaulichen Gründen erhalten werden soll“. 1998 wurde das Gesetz dahin gehend geändert, dass dem Bauherren die Genehmigung erteilt werden muss, wenn es um die „Herstellung des zeitgemäßen Ausstattungszustands einer durchschnittlichen Wohnung“ geht. Das kann in der Praxis schon mal den gleichzeitigen Einbau von Aufzug, Fassadendämmung, Fernheizung usw. bedeuten, die – auch das ist nach § 559 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) geregelt – jede für sich eine dauerhafte Mieterhöhung um 11% rechtfertigen.

Ein Patentmittel gegen Verdrängung ist der Milieuschutz damit nicht. Allerdings schafft er begrenzte Spielräume, die Bezirksverwaltungen und von Verdrängung bedrohte Mieter*innen nutzen können, wie eine Tagung der Berliner MieterGemeinschaft im IG-Metall-

Haus am 10. Dezember unter Beteiligung diverser Mieter*inneninitiativen zeigte. Als einen guten Start haben die Senatsparteien in ihrer Koalitionsvereinbarung festgehalten, dass Mietobergrenzen in Milieuschutzgebieten wieder ermöglicht werden sollen. Mit der LINKEN-Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher sind gute Voraussetzungen gegeben, um dies auch umzusetzen, doch für

einen umfassenden Mieter*innenschutz wird weiterhin die Zusammenarbeit mit den Initiativen in den betroffenen Gebieten, das Engagement in den Bezirken und letztendlich die Änderungen der Bundesgesetze, besonders des § 559 BGB, entscheidend sein. Große Aufgaben – packen wir sie an!

Markus Wollina

Wir gratulieren im Januar zum Geburtstag!

- Zum 94. Frieda Kästner, Dora Scholze
- zum 91. Ilona Jechow, Ruth Schröder
- zum 90. Otto Brandstädter, Horst Kniestedt
Elisabeth Meier, Helmut Schindler
Horst Schütze
- zum 89. Werner Theuring
- zum 88. Ingeborg Jacobeit
- zum 87. Johanna Kayser
- zum 86. Dietrich Ehrentreich, Edith Spitzer
Magda Schlieffe
- zum 85. Inge Teubner
- zum 84. Wolfgang Willkommen
- zum 83. Werner Binus, Dieter Giersch,
Klaus Harmsen, Karl Rabe
- zum 82. Gerlinde Cymborowski,
Elfriede Dieß
- zum 81. Eleonore Jacob, Helga Lohse,
Barbara Raatz, Günter Zachrau
- zum 80. Doris Barth, Ursula Poetke,
Helga Sobisiak
- zum 70. Werner Schulten